

Alltagsversorgung im ländlichen Raum

Alltagsversorgung im ländlichen Raum – alles Privatsache? Das war die Frage des Fachausschuss Haushalt und Wohnen, der er am 10. und 11. September 2014 mit einer Fachtagung im Landkreis Görlitz nachging. Die Veranstaltung bestand zum einen in einem Fachtag, zu dem örtliche Fachleute geladen waren, zum anderen aus einer halbtägigen Exkursion.

Vier Ziele der Tagung

1 Die Situation der Menschen, die im Landkreis Görlitz leben, kennen lernen

■ Der Landkreis Görlitz zählt zu den bevölkerungsschwächeren Kreisen mit einem hohen Anteil an älterer Bevölkerung. Der Anteil der Überachtzigjährigen steigt seit Jahren kontinuierlich an, während sich gleichzeitig der Anteil der Unterachtzehnjährigen in den letzten 15 Jahren halbiert hat.

■ Er hat eine angespannte finanzielle Lage, die u. a. dadurch begünstigt ist, dass das Gebiet zu den strukturschwachen Regionen zählt.

■ Er grenzt an Polen und Tschechien, sodass hier eine besondere Situation zu erwarten ist, weil kreisübergreifende Infrastrukturangebote nur in zwei Richtungen (Nord und West) genutzt werden können.

■ Zudem ist der Landkreis geprägt von ausgedehntem Braunkohleabbau, der, weil die Kohle im Tagebau abgebaut wird, von Umsiedlungsmaßnahmen begleitet wird.

■ Außerdem gibt es durch den Tagebau und ein ausgedehntes Truppenübungsgebiet große Flächen, die nicht durchquert werden können, sodass Wege, die in der ambulanten Versorgung zurückgelegt werden müssen, lang sind.

Damit bietet der Landkreis eine extreme Situation, die sich anbietet, um exemplarisch die Herausforderungen einer ländlichen Versorgungssituation zu verstehen. Zu diesem Zweck fand der erste Tag ganztägig in den Räumen der Kreuzbergbaude statt, einem sehr ruhigen, etwa 10 km von Görlitz entfernt gele-

Ein Ziel der Tagung und der Exkursion des Fachausschuss Haushalt und Wohnen: den Ost-West-Dialog stärken



genen evangelischen Tagungshaus. Eingeladen war ein kleiner Kreis an Fachleuten aus dem Kreis, ihre Situation vorzustellen, außerdem konnten Interessierte aus der Region teilnehmen. Das Spektrum der Vortragenden reichte von einer Vertreterin des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (Dresden) über Praktikerinnen der ambulanten Pflege im Landkreis bis zu Mitgliedern des Seniorenbeirats in Görlitz.

An diesem Tag stellten ausgewählte Expertinnen und Experten die örtliche Situation aus ihrer Perspektive dar:

■ Matthias Reuter, Sozialplaner am Landratsamt Görlitz, Dezernat für Gesundheit und Soziales

Integrierte Sozialplanung

■ Heike Gelke, die das örtliche Projekt „Alltagshelfer“ aufgebaut und organisiert hat,

■ Pfarrer Andreas Fünfstück, der ein deutsches Kirchspiel, und Pfarrer Królewicz, der eine polnische Gemeinde betreut,

■ Bärbel Schuster, Bereichsleitung ambulante und stationäre Altenhilfeeinrichtungen beim diakonischen Martinshof, dem größten Altenhilfeträger vor Ort,

■ Charlotte Hubrich, Wirtschaftsdiakonin (DDR) und Hauswirtschafterin (Nach-Qualifizierung nach der Wende) in einer Behinderteneinrichtung.

Am zweiten Tag konnten sich die Teilnehmenden selbst ein Bild von der Lage vor Ort machen. Diesmal stand

Fachfrau Margit Kempgen im Mittelpunkt. Sie ist Oberkirchenrätin, offensichtlich eine zentrale Ansprechperson weit über ihre eigentlichen Aufgabengebiete hinaus und ausgesprochen kompetent. Sie hatte die im Vorfeld die Kontakte vor Ort hergestellt und den Fachtag begleitet. Die Exkursion war von ihr organisiert worden. Bereits auf dem Weg gab sie viele wertvolle Informationen zur Geschichte und aktuellen Situation im Landkreis an die Teilnehmenden weiter.

Die Exkursion führte ins Dörfchen Schleife zu einer Siedlung mit Sozialzentrum: Die Firma Vattenfall errichtete im Zuge der Umsiedlungen des Tagebaus Mietwohnraum für ein generationenübergreifendes Wohnen und sponserte den Bau eines Sozialzentrums.

Im Sozialzentrum werden Tagespflege, Kurzzeitpflege und Aktivitäten für die örtliche Bevölkerung angeboten, außerdem ist ein Pflegedienst dort

ansässig. Das Sozialzentrum wird vom Diakoniewerk Martinshof Rothenburg betrieben. Federführend in Planung und dem laufenden Betrieb war und ist Bärbel Schuster, die bereits am ersten Tag den Träger vorgestellt hatte.

2 Eigene haushaltswissenschaftliche Sichtweisen auf spezifische Versorgungsproblematiken sollen vermittelt werden

Um den örtlichen Akteuren den oecotrophologischen Ansatz zu vermitteln, gab es am ersten Tag (neben den Gesprächen und Diskussionen) zwei Vorträge aus den Reihen des Fachausschusses:

- Welche Basis in den Haushaltswissenschaften das Thema Versorgung hat, wurde von Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt, dargestellt. Dabei lag der Schwerpunkt auf Haushaltsnahen Dienstleistungen in Verbindung mit unterschiedlichen Wohnmöglichkeiten.

- Prof. Dr. Barbara Freytag-Leyer übernahm die Präsentation bundesweiter Diskussionen und Forschungsergebnisse zur ländlichen Versorgungsproblematik. Sie legte dabei den Schwerpunkt auf Perspektiven und Entwicklungen, die in der bundesdeutschen Fachwelt gesehen werden.

3 Der Ost-West-Dialog soll gestärkt werden

Die Mitglieder des Fachausschusses Haushalt und Wohnen sind ausschließlich aus den alten Bundesländern, die Mitglieder der dgh mehrheitlich. Der Fachausschuss überlegt deshalb seit Längerem, wie die Zusammenarbeit mit den östlichen Regionen gefördert werden kann.

Schwierig ist dabei, dass die Hauswirtschaft und, damit verbunden, die Haushaltswissenschaften eine andere Tradition in den neuen Bundesländern haben, sodass es deutlich weniger Fachkräfte und Wissenschaftler bzw. Wissenschaftlerinnen in Ostdeutschland gibt als in Westdeutschland.

4 Innovative Entwicklungen sollen durch die Ergebnisse in Gang gesetzt werden

Bereits im Vorfeld äußerten viele Stellen und Personen sehr großes Interesse an den Ergebnissen des Fachtages, insbesondere die sächsische Landesregierung, aber auch Hilfsorganisationen und andere Träger. Einen finanziellen Zuschuss gewährte die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg – schlesische Oberlausitz (EKBO), die in der Alltagsversorgung im Kreis Görlitz besonders aktiv ist.

Im Nachgang wird es deshalb eine Dokumentation des Fachtages geben. Die Dokumentation soll auf der Homepage der dgh (www.dghev.de) abgerufen werden können. Außerdem werden die Ergebnisse in der kommenden Jahresta-

Neues vom Fachausschuss

Zur stellvertretenden Vorsitzenden im FA Haushalt und Wohnen als Nachfolgerin von Prof. Dr. Angelika Sennlaub wurde Dr. Beate Radzey einstimmig am 10.09. auf der Fachausschusssitzung gewählt.
Prof. Dr. Barbara Dr. Freytag-Leyer bleibt Vorsitzende.

gung der dgh (10./11.09.2015 in Essen) vertieft, die vom Fachausschuss Haushalt und Wohnen unter Federführung von Prof. Dr. Elisabeth Leicht-Eckardt organisiert wird.

Erkenntnisse

Im Laufe der zwei Tage stellten sich einige Themen als besonders drängend heraus. Sie zogen sich durch die beiden Tage und wurden mehrfach angesprochen und diskutiert.

Alltagsversorgung in ländlichen Räumen = Versorgung im Alter

Alle Fachleute assoziierten mit Alltagsversorgung die Versorgung älterer Menschen. Kinder und Familien oder andere Bevölkerungsgruppen wurden nur von den beiden Vertreterinnen des Fachausschusses angesprochen. Das wird darin begründet liegen, dass in ländlichen Räumen zu einem hohen Prozentsatz äl-

tere Menschen leben: Die Jüngeren ziehen der Erwerbsarbeit hinterher, in Sachsen vor allem in die größeren sächsischen Städte (Leipzig, Dresden, Cottbus) bis in den Westen und Süden von Deutschland. Die Älteren bleiben zurück. Diese Entwicklung ist typisch für ländliche Regionen nicht nur in Deutschland, dennoch gibt es noch keine befriedigenden Versorgungsstrategien.

Alltagsversorgung in der Stadt ≠ Alltagsversorgung auf dem Land

Für städtische Räume gibt es deutlich andere Herausforderungen als für ländlichen Regionen. Der Grund liegt nicht nur in der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur, sondern auch in der historischen Entwicklung: Für Städte gibt es deutlich besser erprobte Strategien als für ländliche. Der Fokus habe lange Zeit auf Quartiersentwicklung und Ähnlichem gelegen. Matthias Reuter betont: „Für städtische Regionen gibt es funktionierende Lösungen. Für Ländliche braucht es die noch.“ Zwei Beispiele sollen das illustrieren.

Im Landkreis Görlitz werde beobachtet, dass die innerfamiliäre Sorgeübernahme seit einiger Zeit wieder zunehme. Dies berichteten übereinstimmend Sozialplaner Reuter wie Bärbel Schuster, Fachfrau der Altenhilfe. Inwieweit diese Entwicklung aber dauerhaft sein werde, sei derzeit nicht abschätzbar.

Zudem seien gesetzliche Regelungen auf städtische Bedarfe ausgerichtet: Wenn eine Wahlfreiheit bei ambulanten Diensten gefordert werde, entspräche das der Lage in urbanen Regionen; in ländlichen müsse man das Angebot nehmen, das existiere. Eine Wahlmöglichkeit sei illusorisch, weil sich mehrere Anbieter nicht tragen würden.

Bedarf ≠ Bedürfnis

Mehrere Referenten berichteten von der Diskrepanz zwischen dem, was von außen (Politik, Wissenschaft und Praxis) als Bedarf erkannt wird, und dem, was für die Betroffenen älteren Menschen tatsächlich wichtig ist. Besonders auf-

fällig war dieses Phänomen beim Programm „Alltagsbegleiter“. Heike Gelke berichtete, viele Älteren verbrächten einen Großteil der Zeit alleine. Ein Treffen zum Kaffee alle zwei Wochen sei ein großes Ereignis, vor dem einige sogar zum Frisör gingen, um angemessen auszusehen. Wenn aber regelmäßige Besuchsdienste oder Ähnliches angeboten würden, sagten viele: Das schaffe ich noch alleine! Für die Alltagsbegleiter heißt das: Es gibt mehr Personen, die gerne ehrenamtlich die Älteren unterstützen möchten, als Ältere, die um Hilfe bitten, obwohl sie die Hilfe unentgeltlich in Anspruch nehmen könnten. Das Programm kann deshalb nicht in dem Maße genutzt werden, wie es möglich wäre.

Von ähnlichen Situationen berichteten der Sozialplaner ebenso wie die Fachleute der ambulanten Pflege.

Auf der anderen Seite gebe es Wünsche, die Ältere äußerten, die aber nicht befriedigt werden könnten. Es gebe Programme, in deren Rahmen Unterstützung organisiert werden könnte, diese seien aber unflexibel und könnten nicht ausreichend auf die örtliche Situation angepasst werden.

Zu Hause oder Heim

In Stadt und Land Görlitz gibt es traditionell zwei Varianten, im Alter zu leben: zu Hause oder, wenn das nicht mehr möglich ist, im Heim. Zwischenformen gibt es so gut wie nicht, wie übereinstimmend Mathias Reuter und Bärbel Schuster berichten.

Zum Beispiel sind Wohnangebote wie Betreute Wohnformen kaum umgesetzt. Es gibt keine Tradition wie in den westdeutschen Bundesländern, dass ein Heimträger Pflegeheime im Verbund mit Wohneinrichtungen baut und anbietet. Ebenso gibt es sehr viel alten Wohnraumbestand, der mitnichten altersgerecht oder sogar barrierefrei ist.

Die Exkursion am zweiten Tag der Veranstaltung war deshalb etwas Besonderes: Dem Heimträger ist es gelungen, in einem Dorf als Mietwohnungsbau eine innovative Wohnform umzusetzen und in Verbindung mit dem

daneben liegenden Sozialzentrum im Sorgeverbund die Alltagsversorgung neu zu organisieren: Junge helfen Alten, Dorfbewohner unterstützen sich gegenseitig, und zusätzlich gewährt das Sozialzentrum mit verschiedenen Angeboten rund um die Pflege Sicherheit. Solche und andere passgenaue Ansätze scheinen derzeit noch in weiten Teilen der Republik zu fehlen.

Hauswirtschaft? Hauswirtschaft!

Hauswirtschaftliche Bedarfe oder das Angebot haushaltsnaher oder haushaltsbezogener Dienste scheinen den Verantwortlichen nicht bewusst zu sein. Das mag einerseits darin begründet liegen, dass Versorgungsformen zwischen Zuhause und Heim im Altenhilfeangebot keine Tradition haben.

Zweitens aber gibt es keine Tradition, hauswirtschaftliche Arbeiten professionell auszuführen. Das Thema wurde besonders im Beitrag von Charlotte Hubrich deutlich, die in einer Behinderteneinrichtung die Küche verantwortet: Der Beruf der Hauswirtschafterin sei in der DDR unbekannt gewesen. Ausnahme wäre die dreijährige Berufsausbildung zur Wirtschaftsdiakonin, die aber nur bei der Diakonie möglich war. Diese Ausbildung bot die Schwerpunkte „Küche“ oder „Wirtschaft“. Da Strukturen sich nur sehr langsam ändern, gibt es bis heute eine deutlich weniger ausgebaute Hauswirtschaftliche Bildungsstruktur. Meisterkurse beispielsweise können nur an zwei Standorten in Sachsen absolviert werden (Leipzig und Dresden).

Entsprechend werden bis heute hauswirtschaftliche Aufgabenbereiche von Fachfremden erledigt. Auf die Frage der (westlich geprägten) Fachausschussmitglieder, wie denn die hauswirtschaftlichen Aufgaben in Krankenhäusern und Pflegeheimen erledigt würden, gab es in der Runde zunächst Unverständnis. Bärbel Schuster berichtete dann, beim Altenhilfeträger würden die Arbeiten von den Pflegekräften „mitgemacht“; sie sei allerdings aktuell dabei, einen Weg zu finden, um Präsenzkräfte auszubilden und einzustellen.

Zudem habe sie vor Kurzem eine Fachhauswirtschafterin eingestellt, weil sie die hauswirtschaftliche Kompetenz überzeugt habe.

Wer ist für die Alltagsversorgung zuständig?

Bei dieser zentralen Frage herrschte Uneinigkeit unter den Fachleuten. „Alles Privatsache“ denke die Bevölkerung, meinten die Praktikerinnen. Dass die Bevölkerung denke, dafür sei der Staat zuständig, betonte der Sozialplaner. Möglich ist, dass gegenüber verschiedenen „Rollen“ Unterschiedliches geäußert wird.

Diese Basis bietet die Chance, im Verbund mit der Bevölkerung, örtlichen Akteurinnen und Akteuren und den zuständigen Stellen neue Ansätze zu entwickeln. Ansätze, die im „Zwischenbereich“ zwischen Heim und angestammtem Zuhause angesiedelt sind. Städtische Ideen, die sich bewährt haben, könnten dabei Ausgangspunkte für neue Ideen sein, die für die ländliche Region taugen.

Fazit

Die Fachtagung „Alltagsversorgung im ländlichen Raum – alles Privatsache?“ bot die Chance, im Landkreis Görlitz die Lage vor Ort zu erkunden. Die beiden Tage waren reich an Erfahrungen und Austausch, und die anvisierten Ziele wurden deutlich erfüllt. Spannend wird nun, wie es weitergeht: Es wurden wertvolle Kontakte geknüpft, die zu einer gegenseitigen Bereicherung führen können. Gleichzeitig haben die Fachleute aus der Region erfahren, dass hauswirtschaftliche Aufgaben qualifiziert ausgeführt werden können. Wichtig für die Mitglieder des Fachausschusses war auch die Frage nach Bedarf und Bedürfnis – das wird die Mitglieder noch lange beschäftigen und sicherlich in weitere Arbeiten einfließen.

Für den Fachausschuss
Haushalt und Wohnen: Angelika Sennlaub